

Audi zeigt zum ersten Mal den neuen A6 Avant. Gebaut wird der Kombi im Werk Neckarsulm. Seite 19



Beim Umzug in Gundelsheim feiern 14 000 Besucher den Abschluss der fünften Jahreszeit. Seite 21



Scheitern ist keine Seltenheit: Fast jeder Zweite fällt durch Führerschein-Prüfung. Seite 6



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch 5. März 2025

Zeitung für die Region Heilbronn-Franken Hohenlohe Kraichgau

Nr. 53 · 2,40 Euro

Schuldenbremse lockern und Sondervermögen

BERLIN Beschlüsse sollen wegen der Mehrheitsverhältnisse noch vom alten Bundestag getroffen werden

Von den dpa-Korrespondenten

Union und SPD haben einen ersten Durchbruch in ihren Sondierungsgesprächen erzielt und ein Finanzpaket von historischem Ausmaß für Verteidigung und Infrastruktur geschnürt. Zum einen soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert werden, wie die Unterhändler nach ihrer dritten Sondierungsrunde in Berlin verkündeten. Außerdem soll ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden.

Grundgesetzänderung Beide Beschlüsse sollen wegen der komplizierten Mehrheitsverhältnisse noch vom alten Bundestag getroffen werden. Allein haben Union und SPD auch dort nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Sie brau-

„Angesichts der Bedrohungen (...) muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes.“

Friedrich Merz



In Berlin verkünden die Parteivorsitzenden die weitreichenden Entscheidungen (von links): Markus Söder, Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Saskia Esken.

Foto: dpa

chen daher Stimmen von Grünen oder FDP.

Die Finanzbeschlüsse sind die erste Einigung in den seit Ende vergangener Woche laufenden Sondierungsgesprächen von Union und SPD über eine Regierungsbildung. Die Verhandlungen sollen nun am Donnerstag und Freitag fortgesetzt werden, um weitere Entscheidungen bei den Themen Haushalt, Migration, Wettbewerbsfähigkeit, innere Sicherheit und Migration zu treffen. Ziel sei es, die Beratungen „zeitnah abzuschließen“, sagte CDU-Chef Friedrich Merz.

Die Beschlüsse gelten auch als wichtiges Signal für die Handlungsfähigkeit Deutschlands mit Blick auf den EU-Gipfel am Donnerstag. Dort wird es darum gehen, wie Europa auf den Kurswechsel der USA unter Präsident Donald Trump in der Ukraine-Politik reagieren wird. Am Mittwoch wollen sich die Spitzen von Union und SPD mit dem scheidenden Kanzler Olaf Scholz abstimmen, der an dem Gipfel teilnimmt.

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes“, sagte Merz nach dem Sondierungserfolg. Deshalb sollten diejenigen Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Das wäre – gerechnet mit dem BIP von 2024 – alles über etwa 43 Milliarden Euro.

Wachstum Das sei aber nur zu verkraften, wenn die Wirtschaft binnen kürzester Zeit wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkomme. Dafür müsse die Infrastruktur verbessert werden. „Die notwendigen Mittel dazu können nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden finanziert werden“, sagte

Merz. Das geplante kreditfinanzierte Sondervermögen solle über zehn Jahre laufen. Ein Sondervermögen ist ein Topf abseits des Bundeshaushalts, aus dem Maßnahmen mit einem ganz bestimmten Zweck finanziert werden.

Länder-Schulden Außerdem sollen auch die Länder die Möglichkeit bekommen, mehr Schulden zu machen. Ihre Schuldenbremse, die bisher besonders streng ist, soll an die etwas flexiblere Bundesregelung angepasst werden.

Wegen der komplizierten Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag wollen Union und SPD die nötigen Grundgesetzänderungen noch mit dem alten Bundestag beschließen. Denn im neuen Parlament haben die sogenannten Parteien der Mitte – also Union, SPD und Grüne – keine Zwei-Drittel-Mehrheit mehr. AfD und Linke sind so stark, dass sie eine Änderung des Grundgesetzes

blockieren könnten. Ein Beschluss des alten Bundestags ist theoretisch so lange noch möglich, bis das neue Parlament konstituiert ist. Auch hier aber können Union und SPD nicht allein agieren: Für die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit brauchen sie Stimmen entweder der Grünen oder von der FDP.

Zurückhaltung Die Grünen-Bundestagsfraktion reagiert zurückhaltend auf die Einigung zwischen Union und SPD auf ein Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur. „Wir werden uns die Vorschläge nun in Ruhe anschauen“, kündigte Fraktionschefin Britta Haßelmann an. Die FDP hat sich bereits bisher stets gegen eine Reform der Schuldenbremse gestemmt. FDP-Fraktionschef Christian Dürr kritisierte die Einigung als „verantwortungslos“.

SPD-Chef Lars Klingbeil betonte, dass Deutschland den großen Investitionsstau nun angehen werde.

„Eine künftige Regierung muss den Verschleiß unseres Landes stoppen“, sagte er. CSU-Chef Markus Söder sprach von einem großen „Deutschlandpaket“ und einem Signal an Freunde und Feinde. Seite 4

Expertenkommission

Union und SPD wollen eine Expertenkommission einsetzen, die einen **Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse** entwickeln soll, die über die jetzt beschlossene Änderung für die Verteidigung hinausgeht. Das geht aus einem der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Papier zu den Sondierungsgesprächen hervor. Die Modernisierung solle **dauerhaft zusätzliche Investitionen** in die Stärkung Deutschlands ermöglichen. Weiter heißt es: „Auf dieser Grundlage wollen wir die Gesetzgebung Ende 2025 abschließen.“ dpa

Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Die Stimmung bleibt schlecht. Sparen ist das Gebot der Stunde, das meint auch unser Autor.

Kaum Zuversicht

Bei der allgemeinen weltpolitischen Lage und den hausgemachten deutschen Wirtschaftsproblemen ist es kein Wunder, dass die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung besorgt in die Zukunft blickt. Mehr noch: Deutschland habe seinen Zenit überschritten und die besten Jahre hinter sich, meint fast die Hälfte der Befragten beim BaWü-Check.

Die trübe Stimmung vernebelt nicht den Blick für die Notwendigkeiten des Sparens. Einmal mehr werden Einsparungen bei Klimaprojekten, der Förderung von Sportvereinen oder der Unterstützung von Kultureinrichtungen gefordert. Wenn die Luft dünner wird, dann gilt die Konzentration der kritischen Infrastruktur. Und da ist in Krankenhäusern, Schulen, auf dem Verkehrssektor und im Wohnungsbau nach Jahren des Kaputtsparens vieles nachzuholen. Aber auch stärkere Investitionen bei der Polizei werden in Zeiten eines sinkenden Sicherheitsgefühls mehrheitlich gefordert. Wie das alles bei der aktuellen Kassenlage und den zusätzlich drohenden Verteidigungsausgaben finanziert werden soll, das steht auf einem anderen Blatt. Immerhin sind die Bürger bereit für drastischere Maßnahmen als die Politik: Bei Kürzungen im Landtag, den Ministerien sowie der Zusammenlegung von Gemeinden und Landkreisen. Doch da traut sich wohl niemand ran. Leider.

Ihre Meinung?

uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

Kurios

Schlechte Idee

ERFURT Ehrlich währt am längsten, dachte sich ein 34-jähriger Mann am Erfurter Hauptbahnhof. Er wollte bei der Bundespolizei einen Rucksack abgeben, der ihm von einem Mann zum Aufpassen überlassen worden ist. Der kam jedoch nicht wieder. Routinemäßig überprüfte die Polizei die Personalien des 34-Jährigen und stellte fest, dass ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. red

Stimmung im Land ist gekippt

BaWü-Check zeigt, dass die Bürger mit wenig Zuversicht in die Zukunft blicken

STUTTGART Die Stimmung im Land ist alles andere als gut. Die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg blickt mit Befürchtungen und Skepsis in die nahe Zukunft. Das zeigt der BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Medienunternehmen.

Demnach blicken 37 Prozent der repräsentativ befragten Bürger mit Befürchtungen in die kommenden zwölf Monate. Vor einem halben Jahr waren es lediglich 26 Prozent. Jeder Vierte zeigte sich skeptisch, wie sich die Lage in den nächsten Monaten entwickeln wird. Mit Hoffnungen sehen nur noch 28 Prozent



den nächsten zwölf Monaten entgegen – vor einem halben Jahr waren es noch 32 Prozent.

43 Prozent der befragten Bürger stimmten der Aussage zu, dass

Deutschland seine besten Jahre hinter sich habe. Die Schuldenbremse auf Landesebene ist unter den Bürgern umstritten. 36 Prozent der Baden-Württemberger sind der Meinung, das Land sollte an dem Ziel festhalten, keine neuen Schulden aufzunehmen.

„Insgesamt zeigt sich das Konsumklima zurzeit noch verhalten, und es ist offen, ob sich in der derzeitigen Gemengelage von Krisen, Risiken und Transformationsprozessen in absehbarer Zeit eine deutliche Verbesserung ergeben wird“, lautet das Fazit der Experten vom Institut für Demoskopie. jüp Seite 5 **Meinung „Kaum Zuversicht“**

INFO BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine repräsentative Umfrage unter der baden-württembergischen Bevölkerung, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Medienunternehmen, darunter auch die Heilbronner Stimme.

Selenskyj kommt Trump entgegen

KIEW/WASHINGTON Vier Tage nach dem Eklat im Weißen Haus geht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf US-Präsident Donald Trump zu und drückt sein Bedauern über den Streit aus. „Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf Englisch auf der Plattform X. Er sei bereit, unter Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden. Auch ein Rohstoffabkommen sei möglich. Die USA haben nach dem Streit ihre Militärhilfe für die Ukraine auf Eis gelegt. Angesichts der veränderten Lage will die EU für Verteidigung 800 Milliarden Euro mobilisieren. dpa Seite 2, 3

Wirtschaft

EnBW testet in Öhringen, wie mit reinem Wasserstoff geheizt werden kann. Seite 7

Kultur

Wieder entdeckt: Beststeller von Katrin Holland, Alice Berend oder Sigrid Boo neu aufgelegt. Seite 10

Sport

Bayern gegen Bayer: Erste Runde im deutsch-deutschen Duell in der Champions League. Seite 15

Region

Vor Jahren gab es auch in der Region Skigebiete. Viele wissen das schon gar nicht mehr. Seite 22